Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 174 — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend. — Halver, Samstag, den 26. Juli 1924 — Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf. für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. — 24. Jahrgang

Heute die Beilagen:

„Herd und Scholle"
und
„Landmanns-Sonntagsblatt"

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Minister Dr. Höfle hat den Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost zu einer Sitzung einberufen.

* Am Todestage Jean Jaurès' findet in Paris eine internationale Gedenkfeier statt, bei der im Namen der deutschen Sozialdemokraten der Abg. Löbe sprechen wird.

* Das englische Unterhaus hat das Budget in dritter Lesung ohne Abstimmung angenommen.

* In Bukarest ist ein Auslieferungsantrag zwischen den Vereinigten Staaten und Rumänien unterzeichnet worden.

* Nach einem im Warschauer Handelsministerium ausgearbeiteten Entwurf sollen die Ausfuhrabgaben auf Laubholz in Polen ermäßigt werden.

Tohuwabohu.

Man kann nicht gerade sagen, daß die Konferenz in London auf einem toten Punkt angelangt ist. Vielmehr entwickelt man eine umso größere Geschäftigkeit, je ratloser man innerlich ist. Man hatte alles so schön lanciert von Paris aus. Macdonald hatte zu allem Ja und Amen gesagt und die amerikanischen Politiker hatten wertvolle Dienste geleistet, — da ist in letzter Stunde die ganze Konferenz noch über den Felsblock gestolpert, der ihr von den englisch-amerikanischen Finanzleuten in den scheinbar so glatten Weg geworfen wurde. Alles ist teils entrüstet, teils tut man so; Paris tobt natürlich. Aber das nutzt alles nichts, weil jene Finanzleute die Hand auf dem Portemonnaie haben und nicht daran denken, sich auf Gedeih und Verderb der französischen Politik auszuliefern, soweit es die von ihnen zu gebende 800-Millionen-Mark-Anleihe angeht. Wie groß die Verlegenheit der Konferenz ist, das geht am besten aus der verblüffenden Tatsache hervor, daß am Mittwoch nachmittag zwar eine Vollversammlung stattgefunden hat, bei der ganzen Geschichte, die zwei Stunden dauerte, aber nichts weiter als die sanfte Mahnung an die Ausschüsse, daß sie sich mit ihrer Arbeit etwas beeilen möchten, herauskam. Und daß zu den vielen schon bestehenden Ausschüssen noch ein neuer, ein juristischer Ausschuß hinzukommt, der aus einem englischen und einem französischen Rechtsgelehrten besteht. Und der soll das Preisrätsel lösen, ob durch die Inkraftsetzung des Dawes-Berichts Fragen aufgeworfen werden, die durch Vereinbarung mit Deutschland geregelt werden müssen, und was für Fragen das sein könnten. Und er soll weiter feststellen, welches Verfahren man anwenden müßte, um zu einer solchen Vereinbarung zu gelangen, ohne irgendwie dem Versailler Vertrag zuwiderzuhandeln.

Das sind allerdings die beiden kritischsten Fragen, das ist allerdings der Kernpunkt der ganzen Londoner Konferenz, weil im Hintergrunde die Frage der Beteiligung Deutschlands steht, und weil von der Lösung der diesem neuesten Ausschuß gestellten Aufgaben das Schicksal alles dessen abhängt, was man bisher in den anderen Ausschüssen beschlossen hat, ohne jede Rücksichtnahme auf Deutschland. Es ist der Hintergrund des Eingreifens der Finanzleute, weil diese die Erfüllung des von den Sachverständigen aufgestellten Zahlungsplanes geknüpft wissen wollen an eine innere Zustimmung Deutschlands, nicht an eine äußerlich erzwungene, und damit das Gutachten wieder auf den Punkt zurückführen, von dem es ausging, und der in London vollständig verschoben worden ist.

Wie sich nun in diesem Tohuwabohu die Dinge weiter entwickeln werden, läßt sich im Augenblick nicht sagen; von allen Seiten regnet es Kompromißvorschläge. Und hinter den Kulissen regt es sich noch stärker. Vielleicht ist das Gerücht richtig, daß man zwar nicht die Deutschen direkt einladen, sondern daß man den deutschen Botschafter fragen will, ob die Deutschen bereit sind, zu kommen, und wann sie kommen wollen, — um dann der Konferenz mitzuteilen, daß die Deutschen da sind, und ihr anheimzustellen, sie zu hören. Das geschieht nicht etwa um unserer schönen Augen willen; das geschieht einfach darum, weil man mit den gewöhnlichen diplomatischen Mittelchen um jenen Felsblock nicht herumkommt und nun die ganze Sache vorwärtszubringen sucht, indem man die Deutschen heranzieht. So sieht es jetzt aus, in dem Augenblick, da dies geschrieben wird, — ob es nach 24 Stunden eifrigster Kulissenarbeit nicht schon wieder anders aussieht, das wissen kaum die Halbgötter in London.

Wenn aber wirklich eine deutsche Delegation nach London geht, nicht, um nur ein Diktat entgegenzunehmen, sondern um auf der Konferenz den deutschen Standpunkt geltend zu machen, so ist erfreulich dabei, daß hinter ihr nicht mehr eine anscheinend unheilbar zerklüftete deutsche Front steht. Denn die Sozialdemokratie hat sich in einem am Mittwoch nachmittag erschienenen Artikel dazu bekannt, daß ihr von den sieben Punkten, die die Deutschnationalen als Richtpunkte für die deutsche Politik gegenüber London aufgestellt haben, fünf als annehmbar erscheinen. Das wird der am Freitag stattfindenden außenpolitischen Debatte im Reichstage zweifellos ein ganz anderes Gesicht geben, als es zuvor den Anschein hatte. Und das wird auch der deutschen Delegation eine weit stärkere Stellung geben, falls sie wirklich Gelegenheit erhält, auf der Konferenz sich zu äußern. Denn damit wird endlich auch von der deutschen Linken der bisherige Standpunkt verlassen, daß wir angesichts der Entwicklung der politischen Lage unsre Bedingungen nicht so scharf formulieren und die Erfüllung der Ententeforderungen bedingungslos annehmen sollten. Das ist nicht nur politisch richtig, sondern auch innerpolitisch erfreulich. Das Erfreulichste aber wäre, wenn in der Debatte im Reichstage vor allem das Einigende stärkstens betont und die Differenzpunkte energisch in den Hintergrund geschoben würden. Daß aber vor allem nicht zu viel geredet wird, weil die Reichstagsabgeordneten eine seltene Geschicklichkeit darin besitzen, bei längeren Reden sofort in parteipolitische Zänkereien zu verfallen. Und dazu ist die Situation zu ernst, allzu zugespitzt und zu folgenschwer.

Fromme Wünsche Frankreichs.

Vernichtung der Ruhrindustrie.

Sanktionen besser als Zahlungen.

Ein maßgebendes Pariser Blatt hat dieser Tage geschrieben, daß es sich für Frankreich darum handele, entweder Zahlung zu erhalten oder die Nichtzahlung auszubeuten. Poincaré hat immer nur Wert auf die Ausbeutung der Nichtzahlung gelegt, hat sein Streben darauf gerichtet, Deutschland die Zahlung unmöglich zu machen, um dann zu Sanktionen zu schreiten. Denn sein Wille ist, Deutschland zu vernichten, das an der Ruhr am leichtesten und am schwersten getroffen werden konnte. Deshalb die vertragswidrige Besetzung mit der unerträglichen Belastung der Industrie. Sie sollte zunächst vernichtet werden. Mit solchen Absichten steht Poincaré nun keineswegs allein. Daß sie namentlich auch in der französischen Schwerindustrie geteilt werden, hat jüngst einer, der ihr zugehört, der Lothringer Schmidt, einem Vertreter des „Paris Soir" gegenüber ganz offen und unverfroren bekannt. Er erklärte, die französische Industrie habe ein Interesse daran, daß die Londoner Konferenz ergebnislos bleibe; denn

die Weltlage auf dem Eisenmarkt sei seit dem Kriege dadurch charakterisiert, daß infolge der allgemeinen Verarmung 300 Hochöfen zuviel in der Welt seien. Die französische Industrie habe natürlich ein Interesse daran, daß nicht ihre, sondern die Hochöfen der Konkurrenz ausgeblasen würden. Dieses Resultat sei dadurch zu erreichen, daß die Ruhr gewissermaßen erdrosselt werde. Dies habe der französischen Industrie gestattet, die deutsche Schwerindustrie auf den Exportmärkten kaltzustellen. Wenn Deutschland wieder in den Stand gesetzt wird, seine frühere Machtstellung zurückzugewinnen, so werde dies für die französische Schwerindustrie die Aufhebung der Gewinne und gleichzeitig den Ruin bedeuten, denn sie habe es nötig, die durch den Anschluß Lothringens um sechs Millionen Tonnen vermehrte Eisenproduktion im Auslande absetzen zu können.

Der Frankensturz kümmert diesen Industriellen mit dem echt französischen Namen nicht, weil der Umfall der Valuta eine Ausfuhrprämie darstelle. Mag darüber Frankreich zugrunde gehen, wenn er nur seinen Beutel füllen kann. Ganz wie Poincaré: mag Frankreich in den Sturz Deutschlands hineingezogen werden, wenn er nur seinen Machtgelüsten frönen kann.

Amerika bleibt fest.

Einverständis Deutschlands notwendig.

Nach wie vor sprechen die amerikanischen Bankenvertreter sich unter allen Umständen gegen eine willkürliche Festsetzung der Maßnahmen im Falle etwaiger deutscher Verfehlungen aus. Die Amerikaner verlangen, daß unbedingt das deutsche Einverständnis eingeholt werde, ohne das die amerikanischen Geldgeber nicht die von ihnen verlangte Sicherheit erhalten würden. Andernfalls setze man sich der Gefahr aus, daß Deutschland Vorbehalte mache, durch die die Durchführung des ganzen Sachverständigenplans gefährdet werde. Offenbar hat die Konferenz die Einsetzung eines juristischen Ausschusses beschlossen, um einerseits diesem amerikanischen Standpunkt gerecht zu werden, und andererseits den Franzosen die von ihnen bekämpfte Teilnahme Deutschlands an den Verhandlungen schmackhaft zu machen. Der Ausschuß soll folgende Fragen prüfen: 1. In welcher Frage geht der Finanzbericht über das Versailler Diktat hinaus und in welchem Umfange macht er deshalb eine Verständigung mit Deutschland notwendig? 2. Durch welche Prozedur soll der Bericht durchgeführt werden, ohne dabei den Versailler Vertrag zu verletzen? — Man hat das Thema, das eigentlich „die Einladung Deutschlands" heißen müßte, etwas verschoben, um den Franzosen die Zustimmung zu erleichtern.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Militärkontrolle.

Wie man sich erinnern wird, wurde nach der Zustimmung der deutschen Regierung zu der Vornahme der angeblich letzten Militärkontrolle angekündigt, daß diese am 20. Juli beginnen solle. Der Tag ist vorübergegangen, ohne daß man etwas Weiteres darüber gehört hätte. Jetzt meldet der Berliner Vertreter des Pariser „Matin": Der Vorsitzende der Interalliierten Kontrollkommission habe der deutschen Regierung mitgeteilt, daß die Kontrolltätigkeit demnächst wieder beginnen werde. Zunächst würden Kontrollbesuche in den Fabriken abgestattet, und hierauf würde die Zusammensetzung der Sicherheitspolizei nachgeprüft werden. Die Kontrolltätigkeit der Kommission werde wahrscheinlich im November zu Ende geführt werden.

Betreuung der ausgewiesenen Beamten.

Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete stand ein Antrag zur Beratung, der verlangt, daß die ausgewiesenen Beamten in ihrer Beförderung nicht benachteiligt werden sollen. Ein Regierungsvertreter sagte zu, daß ein weiterer Abbau der zurückkehrenden Beamten nach Möglichkeit unterbleiben solle. Die vom Ausschuß aufgestellten Forderungen wegen der Betreuung der ausgewiesenen und zurückkehrenden Beamten wurden im einzelnen durchgesprochen. In den meisten Punkten erklärte die Regierung ihr Einverständnis, während sie gegen einzelne Punkte Bedenken erhob, die jedoch der Ausschuß nicht als stichhaltig ansah und über die er eine Entscheidung des Reichstages herbeiführen will. Die Frage der Betreuung der Privatpersonen wurde zurückgestellt, bis die vom Ministerium in Aussicht gestellten neuen Richtlinien vorliegen.

Ein Verfahren wegen Amtsverbrechens.

Die kommunistischen Fraktionen des Reichs- und Landtages haben wegen der Haussuchungen in den kommunistischen Fraktionszimmern gegen den Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, Landgerichtsdirektor Vogt, und gegen den Kriminalkommissar Heller von der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums Strafanzeige wegen Amtsverbrechens erstattet. Auf Grund der Strafanzeige ist nunmehr nach einer Mitteilung der Generalstaatsanwaltschaft I in Berlin das Ermittlungsverfahren gegen Landgerichtsdirektor Vogt und Kommissar Heller wegen Amtsverbrechens eingeleitet worden.

Großbritannien.

⚔ **Die Stellung zu Aegypten.** Im englischen Oberhause fragte Lord Ragtan, ob die Regierung eine Erklärung über die Beibehaltung der britischen Garnison in Aegypten abgeben könne. Er führte aus, wenn die britischen Truppen Kairo räumten, das den Schlüssel zu Aegypten und damit zum Suezkanal bilde, würden die Engländer entweder durch ein Meer von Blut dahin zurückwaten oder einer anderen europäischen Macht Platz machen müssen. Lord Parmoor antwortete für die Regierung, es sei dieser unmöglich, im gegenwärtigen Augenblick auf die gestellten Fragen einzugehen, weil sie auf der geplanten Zusammenkunft mit dem ägyptischen Premierminister, die, wie gehofft werde, in sehr kurzer Zeit stattfinden werde, zur Erwägung kommen würden; er versichere jedoch dem Hause, daß die Reichsinteressen bei allen Verhandlungen dieser Art in angemessener Weise geschützt werden würden. Lord Salisbury erklärte, die Unabhängigkeit Aegyptens dürfe nur unter der Bedingung anerkannt werden, daß die britischen Interessen vollkommen verbürgt würden; der Suezkanal sei lebenswichtig für das britische Reich.

Norwegen

⚔ **Die Regierungskrisis.** Die zweite norwegische Kammer ist dem Beispiel der ersten gefolgt und hat mit 22 gegen 16 Stimmen die von der Regierung für notwendig erklärte Aufhebung des Alkoholverbots verworfen. Dadurch ist die Stellung des Kabinetts unhaltbar geworden, und der Ministerpräsident hat im Storthing bereits mitgeteilt, daß das Kabinett zurücktrete. Das neue Ministerium wird natürlich aus der Opposition gebildet werden und dürfte sich wie folgt zusammensetzen: Ministerpräsident und Außenminister Mowinckel, Finanzminister Holmboe, Sozialminister Oftedal, Arbeitsminister Mjelde, Landwirtschaftsminister Five, Handelsminister Meling, Justizminister Berg, Kirchenminister Norheie, Verteidigungsminister Jakobsen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Abgeordneten Dr. Becker (Hessen) und Hepp der Deutschen Volkspartei haben mit Unterstützung von Abgeordneten der anderen bürgerlichen Parteien aus den eWinbaugebieten der anderen bürgerlichen Parteien aus den Weinbaugebieten im Handelsvertrag mit Spanien gerichtete Interpellation eingebracht. — Die badische Regierung protestiert auch gegen die Herabsetzung.

Berlin. Im Reichstag ist ein deutschnationaler Antrag eingegangen, die Regierung zu ersuchen, die Ratifizierung des „Washingtoner Abkommens" zu unterlassen und die Mitgliedschaft Deutschlands im internationalen Arbeitsamt in Genf angesichts der dort dauernd geübten Brüskierung der deutschen Sache zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.

Nürnberg. In einer Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei wurde beschlossen, Streicher nicht mehr als Führer anzuerkennen und Adolf Hitler weiterhin die Treue zu halten. — Die Jugendmannschaft der Deutschen Arbeiterpartei hat beschlossen, Streicher aus der Partei auszuschließen.

Genf. Die deutsche Regierung hat kürzlich 31 Verträge, Abkommen und andere internationale Abmachungen handelspolitischer und finanzieller Natur, die sie mit verschiedenen Staaten abgeschlossen hat, beim Völkerbundssekretariat zum Zwecke der Eintragung und Veröffentlichung hinterlegt.

Santos. Einer zuverlässigen Nachricht aus Sao Paulo zufolge haben die Aufständischen mit der Regierung über einen Waffenstillstand zu verhandeln versucht. Die Versuche seien jedoch fehlgeschlagen. Präsident Bernardes habe erklärt, die Aufständischen müßten sich auf die durch die brasilianischen Gesetze vorgesehenen Strafen gefaßt machen.

Deutscher Reichstag.

(17. Sitzung.) CB. Berlin, 24. Juli.

Ein Antrag der Nationalsozialisten auf Einstellung eines gegen den Abg. Stelter eingeleiteten Strafverfahrens wird debattelos dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Darauf protestierte der kommunistische Abgeordnete Katz gegen das durch den Oberpräsidenten Noske ausgesprochene Verbot der Niedersächsischen Arbeiterzeitung in Hannover. Dieser Mann, so führte der Redner aus, rühme sich täglich, daß er im Blut wate. Dieser Strolch treibe sich in Spelunken herum. Der Präsident erteilte dem Redner für diesen Ausdruck einen Ordnungsruf. Abg. Katz forderte dann weiter sofortige Besprechung des Zeitungsverbotes. Der Antrag konnte jedoch nicht verhandelt werden, da der sozialistische Abg. Müller-Franken widersprach. Bei den Kommunisten erhob sich darauf ein Höllenlärm. Sie drangen mit Fäusten auf die Sozialdemokraten ein. Wegen beschimpfender Zurufe wurden einige Kommunisten zur Ordnung gerufen. Als der Lärm sich nicht legte, erklärte der Präsident, daß er die schärfsten Geschäftsordnungsbestimmungen anwenden werde, wenn die Kommunisten weiter vorsätzlich die Verhandlungen stören würden.

Schließlich trat Ruhe ein, und das Haus konnte die gestern abgebrochene

Debatte über die Sozialpolitik

fortsetzen. Dabei bedauerte als erster Redner der Demokrat Ziegler, daß nicht mehr für die Rentner geschehen könne. Die Parteien müßten sich auf einer gemeinsamen Linie einigen. Die Sozialpolitik leide unter den vielen Reden, die im Reichstage zum Fenster hinaus gehalten würden.

Abg. Schwarzer (Bayer. Volkspartei) erklärte, daß es angesichts des Notstandes der Wirtschaft nicht möglich sei, wie in der Vorkriegszeit die an sich berechtigten sozialpolitischen Forderungen im vollen Umfange zu erfüllen. Im Ausschuß sei die richtige Linie der Mitte gefunden worden. Die Anträge der Kommunisten und Nationalsozialisten seien undurchführbar, und röchen stark nach Agitation.

Abg. Borrmann (Wirtschaftspartei) verlangt eine Vereinheitlichung der sozialpolitischen Gesetzgebung. In der Unzahl der Gesetze und Verordnungen könne sich kein Mensch mehr auskennen, am wenigsten die Gewerbetreibenden und Handwerker.

Abg. Stock (Deutschnatl.) hielt eine wirksame Sozialpolitik für unmöglich, solange das arbeitende deutsche Volk unter dem Drucke der Zinsknechtschaft, unter der Ausbeutung durch das jüdische Wucherkapital und unter der Drangsalierung durch den Feindbund schmachte.

Damit schloß die allgemeine Aussprache und es folgte die Einzelberatung.

Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Tantiemesteuer wurde schließlich dem Steuerausschuß überwiesen. Nach Ablehnung der übrigen Anträge wurden die Ausschußanträge zur Invaliden- und Unfallversicherung in zweiter Lesung angenommen. Die sofortige Vornahme der dritten Beratung wurde durch den Einspruch der Kommunisten vereitelt.

Kredite für die Landwirtschaft.

Zur Bergung der Ernte.

Auf Grund von Verhandlungen, die das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit der Reichsbank und Preußischen Staatsbank geführt hat, sind der Landwirtschaft für die Bergung der Ernte Kredite bereitgestellt worden. Die hierfür verfügbar gemachten Geldbeträge werden an die Preußische Zentral-Genossenschaftskasse, die Deutsche Girozentrale, die Zentral-Landschaft und die Zentrale der Landesbanken bzw. die Staatsbanken der Länder weitergeleitet. In Übereinstimmung mit den Wünschen der Landesregierungen werden die genannten Organisationen für die Weiterleitung des Kredits Richtlinien erhalten, damit bei der Inanspruchnahme und Bewilligung des Kredits eine entsprechende Berücksichtigung der Landwirtschaft der einzelnen Länder gesichert ist. Da es sich bei der eingeleiteten Kreditaktion um eine Maßnahme zur Behebung eines besonderen Notstandes handelt, ist den den Kredit weiterleitenden Kreditinstituten zur Bedingung gemacht worden, daß der Zinssatz, den der letzte Kreditnehmer zu zahlen hat, grundsätzlich 13 % sein soll.

Die Senatorenwahl in Hannover.

Kommunisten nicht geeignet.

Regierungspräsident von Velsen hat der am 4. Juli erfolgten Wahl von 12 unbesoldeten Senatoren der Stadt Hannover die Bestätigung erteilt. Die Bestätigung des kommunistischen Bürgervorstehers August Langrehr zum unbesoldeten Senator ist unter Zustimmung des Bezirksausschusses versagt worden. Hierzu führt das Schreiben des Regierungspräsidenten an das Bürgervorsteherkollegium folgendes aus: „Nach der von der Zentrale der K. P. D. herausgegebenen „Instruktion für die neugewählten kommunistischen Gemeindevertreter usw." sind die Mitglieder der K. P. D. an die Instruktion der Parteiorgane und der kommunistischen Internationale in einer Weise gebunden, die mit den Pflichten eines mittelbaren oder unmittelbaren Staatsbeamten schlechterdings unvereinbar ist. Für Bestätigung eines Senators ist indes erforderlich, daß die pflichtgemäße Amtsführung im Rahmen der bestehenden Staatsordnung und unabhängig von Parteiinstruktionen als gesichert nachgewiesen erscheint. Dieser Nachweis ist bei dem der kommunistischen Partei angehörenden Bürgervorsteher Langrehr nicht erbracht.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 26. Juli 1924.

□ Schule, Kirche und Verfassungstag. Das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat angeordnet, am 11. August, dem Tage der Verfassung von Weimar, in den Schulen dafür zu sorgen, „daß in einer würdigen Feier auf die geschichtliche Bedeutung dieses Tages eingehend hingewiesen wird". Unterricht findet an diesem Tage nicht statt. Der Kardinal-Fürstbischof Bertram von Breslau hat seine Geistlichkeit angewiesen, des Verfassungstages in ihren Gemeinden feierlich zu gedenken.

□ Steuer und Steuerstundung. Die beiden letzten Viertel der Vermögenssteuer des laufenden Kalenderjahres werden am 15. August und 15. November fällig. Es ist je ein Viertel der Jahressteuer zu entrichten, sofern der Vermögenssteuerbescheid vor dem Fälligkeitstag zugestellt ist. Nach den im Reichsfinanzministerium aufgestellten Richtlinien müssen stichhaltige und gewichtige Gründe für die Bewilligung eines Stundungsgesuches vorliegen; insbesondere muß der Nachweis erbracht werden, daß die Beschaffung der erforderlichen Beträge bis zum Fälligkeitstag außer dem Bereiche der Möglichkeit liegt und daß, wenn zu diesem Zwecke Betriebsmittel (Waren usw.) veräußert werden müßten, der Betrieb gefährdet würde. Wird die Vornahme einer Pfändung erforderlich, so haben die Finanzämter ihre Anordnung von den gleichen Voraussetzungen (Betriebsgefährdung, schwere Substanzverluste) abhängig zu machen.

□ Die Großhandelspreise 2,4 % billiger. Die auf den Stichtag des 22. Juli berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt gegenüber dem Stande vom 15. Juli (117,3) einen Rückgang auf 111,5 oder um 2,4 %, der vor allem durch die Senkung der Getreide- und Kohlenpreise herbeigeführt wird.

—* **Gedenkfeier für die Opfer des Weltkrieges.** Erlaß des Preußischen Minister des Innern: Die Reichsregierung hat beschlossen, am Sonntag, den 3. August 1924 aus Anlaß der 10-jährigen Wiederkehr des Kriegsbeginns eine Gedenkfeier für die Opfer des Weltkrieges zu veranstalten. Ausnahmen von geltendem Umzugsverbot sind für diesen Anlaß nicht in Aussicht genommen bis auf eine gemeinsame Feier auf dem Königsplatz in Berlin, für die besondere Genehmigung erteilt werden wird. Die Einzelheiten der Berliner Veranstaltung sind aus den übereinstimmenden Pressemeldungen vom 10. Juli 1924 bekannt, weshalb lediglich darauf verwiesen zu werden braucht. — Die Angelegenheit ist von der Reichsregierung mit den Spitzenorganisationen der politischen Verbände besprochen worden. Hierbei wurde Uebereinstimmig darüber erzielt, daß zur Vermeidung alles dessen, was geeignet wäre, die polit. Gegensätze wachzurufen, die Organisationen sich verpfl. sollten, bei ihren Anhängern dafür einzutreten, daß freiwillig von Mitführung ihrer Fahnen jeder Art Abstand genommen werde. — Da anzunehmen ist, daß ähnliche Veranstaltungen auch in anderen Teilen des Landes von Organisationen geplant sind, so will ich grundsätzlich Einwendungen hiergegen nicht erheben, wenn im Einzelfalle Gewähr dafür gegeben ist, daß bei den Veranstaltungen alles vermieden wird, was zu einer neuen Vertiefung der Gegensätze führen könnte. Zu diesem Zwecke wird es sich in gewissen Fällen empfehlen, wenn die Verwaltungsbehörden mit den leitenden Organisationen über die Ausgestaltung der Feier in geeigneter Weise Fühlung nehmen. Demgemäß ermächtige ich die Regierungspräsidenten, über Anträge auf Genehmigung solcher Veranstaltungen selbständig unter Beachtung folgender Richtlinien zu entscheiden, für deren gewissenhafte Einhaltung unter allen Umständen Sorge zu tragen ist. 1. Gedenkfeier-Versammlungen unter freiem Himmel am 3. August sind nur insoweit zugelassen, als sie allen Teilen der Bevölkerung zugänglich und daraus Störungen der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung nicht zu besorgen sind. Für jeden Ort ist nur eine einzige solche Veranstaltung unter freiem Himmel zuzulassen. 2. Ausnahmen von dem Verbot von Auf- und Umzügen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen finden nicht statt. Den Teilnehmern an solchen Veranstaltungen ist es deshalb nicht gestattet, sich in geschlossenen Formationen zum Versammlungsort zu begeben oder von dortabzumarschieren. Sie dürfen sich vielmehr nur einzeln oder in losen Gruppen bewegen. 3. Die Mitführung von Fahnen irgendwelcher Art hat ausnahmslos zu unterbleiben.

—* **Das Landesfinanzamt** teilt mit: Die große Zahl von Beschlagnahmen und Verfallerklärungen im Verkehr mit dem besetzten Gebiet, die, wie die Betroffenen vielfach anführen, z. Tl. auf unzureichende Auskünfte bei den Regierungsstellen zurückzuführen sind, veranlassen mich, im Interesse der Beteiligten darauf hinzuweisen, daß für den Zu- und Ablaufverkehr mit dem besetzten Gebiet folgende Bestimmungen gelten:

a) Die Bekanntmachung über den Warenverkehr zwischen unbesetzten und besetzten Gebiet vom 15. April 21. (R.-G.-Bl. S. 484).

b) Die Bekanntmachung über Zulassungsgenehmigungen im Verkehr mit den besetzten westlichen Reichsgebieten vom 29. 4. 21 (Reichsanzeiger Nr. 103 v. 4. Mai 1921) in der Fassung der Bekanntmachungen vom 15. 12. 1921 (R.-Anz. Nr. 296) vom 29. Juni 1922 (R.-Anz. Nr. 151) und vom 20. Juli 1922 (R.-Anz. Nr. 164).

Für einen Hinweis der Regierungsstellen auf diese Bestimmungen wäre ich dankbar. Insbesondere bitte ich bei der Zulassung ausländischer Kraftfahrzeuge, die über das besetzte Gebiet eingeführt werden, die Beteiligten darauf aufmerksam machen zu lassen, da zur Ueberführung des Fahrzeugs in dem freien Verkehr des unbesetzten Gebiets eine Zulaufsgenehmigung erforderlich ist, die g. F. vom Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung in Berlin erteilt wird.

\+ **Halver,** 26. Juli. Auf die am Sonntag, den 27. Juli stattfindende Hauptversammlung, und mit derselben verbundenen Vortrag des Herrn Lünenschloß-Haspe, über Wohnungswirtschaft, wird von Seiten des Vereins der Haus- und Grundbesitzer, wegen der Wichtigkeit und Bedeutung des Wohnungswesens, auch an dieser Stelle nochmals hingewiesen.

= **Meinerzhagen,** 25. Juli. Auf dem Wege nach Herweg wurde gestern gegen Abend eine Leiche gefunden, die nur mit einem Hemd bekleidet und mit Tannenzweigen zugedeckt war. Nach Aussage des Arztes hat dieselbe schon ungefähr 4—5 Wochen dort gelegen und ist bereits vollkommen unkenntlich. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich um einen Mord handelt, da die Leiche Verletzungen am Kopf aufweist. Näheres wird die Untersuchung ergeben.

§§ **Werdohl,** 24. Juli. Das Fabrikgebäude der Firma Groll & Ackermann ist vollkommen niedergebrannt. Der Gesamtschaden, der sich auf 80—100 000 Mk. beläuft, ist durch Versicherung gedeckt.

Siegen, 24. Juli. Die Wirtschaftslage im Siegerländer Erzgebiet ist außerordentlich schlecht. Schon seit Monaten werden nur 35 bis 40 Prozent der Arbeiter voll beschäftigt. Die Gruben Stahlberg mit etwa 300 Arbeitern, Henriette-Niederschelden, ebenfalls mit 300 Arbeitern, Wilhelmine-Niederfischbach mit über 300 Arbeitern, liegen still, ganz abgesehen von den kleineren Gruben, die Hunderte von Arbeitern beschäftigen. Drohende neue Stillegungen bedingen einen langsamen Abbau auf fast allen Betrieben. Mehr als 24000 Bergleute und mehr als 50 Prozent der Metallarbeiter sehen sich ihrer Existens bedroht. Der preußische Landtag hat sich kürzlich mit dieser Notlage beschäftigt. Um eine Gesundung des Erzbergbaues zu ermöglichen, wird von den beteiligten Fachkreisen die Einführung der Friedensfrachtsätze gefordert. Auch wird eine weitgehende Unterstützung in der Kreditfrage durch das Reich nötig sein. Der Regierungspräsident sagte Hilfe in der angedeuteten Richtung zu, soweit es die beschränkten Mittel erlauben.

Elberfeld, 25. Juli. Schnellbahn Köln—Hamm. Die Träger des Planes der Schnellbahn Köln—Hamm hielten hier eine Versammlung ab, die vom Oberbürgermeister Dr. Köttgen geleitet wurde. Seit der letzten Sitzung sind die Städte Hamborn, Gladbeck und der Landkreis Bochum der Vereinigung beigetreten. Die Bearbeitung des Entwurfs ist jetzt soweit gediehen, daß die Grundlagen sämtlich festgelegt sind. Mit den verschiedenen Städten, Köln, Bochum und Oberhausen ausgenommen, ist eine Verständigung über die Linienführung innerhalb der einzelnen Stadtgebiete erfolgt. Mit der Fertigstellung des baureifen Entwurfes kann bis zum 1. Oktober nächsten Jahres bestimmt gerechnet werden.

Münster, 25. Juli. Eine mutige Tat vollführte gestern Otto Thieme von der Weißenburgstraße. Ein fünfjähriges Mädchen, das mit seinen Eltern zum Wassersport gegangen war, befand sich auf der Kanalbrücke, als ein Zug der Landeseisenbahn herannahte. Im letzten Augenblick konnte das Kind noch zur Seite springen. Hierbei fiel es durch das Brückengitter in den Kanal. Von den Hunderten von Zuschauern, die an der Kanalböschung den Wasserspielen zusahen, war niemand Schwimmer, so daß sich niemand um das Kind bemühen konnte, das vor den Augen der Eltern zu ertrinken drohte. Schon war es zweimal untergegangen, als Herr Thieme mit seiner Familie die Stelle passierte. Schnell entschlossen sprang er in voller Kleidung in den Kanal und rettete das dem Tode nahe Kind aus dem nassen Element. Die Freude der Eltern, denen es in die Arme gegeben wurde, kann man sich vorstellen.

Berlin. Vier Personen wurden bei den schweren Gewittern, die über Berlin niedergingen, vom Blitz getroffen. Ein zwölfjähriges Mädchen wurde getötet. — Vor Abschluß der großen Bäckertagung wurde das Lehrlingsproblem erörtert, und in einer Entschließung der Handelsminister aufgefordert, den Bäckern die Einstellung eines zweiten Lehrlings zu gestatten, wenn der erste das erste Lehrjahr vollendet hat und im Betriebe dauernd mindestens ein Geselle beschäftigt wird. Nächster Tagungsort ist Essen.

Harzgerode. Das Städtchen wurde von einem Großfeuer heimgesucht. Die alten Holzbauten, fünf Häuser umfassend, brannten gänzlich nieder. Neun Familien sind obdachlos.

Offstein. Im Dorfe Offstein geriet das Landwirtsehepaar Decker in Streit. Der Bruder des Ehemannes wollte den Streit schlichten, was den Ehemann so in Wut versetzte, daß er sein Jagdgewehr nahm und den Bruder erschoß. Der Täter wurde verhaftet.

Koblenz. Die Rheinlandkommission hat beschlossen, das Schauspiel „Die Entlassung" (Bismarcks) für die besetzten Gebiete zu verbieten, da das Stück dazu angetan sei, die Ordnung und die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden. (!)

Wien. Das große Wirtschaftsgebäude des Schlosses Leopoldskron, einer Besitzung des deutschen Regisseurs Max Reinhardt, ist infolge Brandstiftung niedergebrannt.

London. Zum ersten Male wieder seit 1914 wird der englische König eine Parade über die gesamte englische Flotte abhalten. — London wurde von einem Regensturm heimgesucht, wie er seit 30 Jahren nicht da war. Man schätzt, daß im Laufe von zwanzig Minuten über 40 Millionen Tonnen Regen auf London niedergingen.

Kopenhagen. „Sozialdemokraten" macht den Vorschlag, in diesem Jahre den Nobelfriedenspreis dem britischen Premierminister James Ramsay Macdonald zuzusprechen, der durch seinen unablässigen Kampf für eine gerechte Lösung der Reparationsfrage am meisten getan habe, um den Frieden zu erhalten und für die Zukunft zu sichern.

Simla (Indien). Andauernde Regengüsse haben in den Staaten Travancore und Cochin Überschwemmungen hervorgerufen, die bei der Eisenbahn und an Gebäuden bedeutende Schäden verursachten, sowie die Ernte und den Tierbestand in Mitleidenschaft zogen. 110 Personen sollen umgekommen sein.

Nah und Fern.

○ **Kongreß für die Blindenwohlfahrt.** Der erste allgemeine Kongreß für die Blindenwohlfahrt, der aus den bisherigen Blindenlehrerkongressen hervorgegangen ist, wird vom 4. bis 7. August d. Js. in Stuttgart stattfinden. Veranstalter sind einerseits der Deutsche Blindenlehrerverein und andererseits sämtliche Blindenverbände des Reiches.

○ **Albert Bürklin gestorben.** In Mannheim starb im Alter von 80 Jahren der ehemalige Generalintendant des Karlsruher Hoftheaters Exzellenz Dr. Albert Bürklin. Bürklin war auch als Politiker sehr bekannt. Er gehörte zur nationalliberalen Partei und war viele Jahre lang Mitglied der badischen 2. Kammer und später Vizepräsident der badischen 1. Kammer. Dem Deutschen Reichstag gehörte er von 1884 bis 1898 als Mitglied an. Zwei Jahre lang war er auch hier zweiter Vizepräsident. Er trat dann zurück, als der Reichstag dem Altreichskanzler Bismarck einen Glückwunsch zum 80. Geburtstage versagte.

○ **Der Gymnasiast als Raubmörder.** Auf dem Münchener Hauptbahnhof wurde der 17jährige Gymnasiast Kurt Keßler verhaftet, der den Berliner Studienrat Merz in der Nähe von Berchtesgaden ermordet und beraubt hat. Keßler gestand die Tat und gab außerdem einen Raubüberfall auf eine Dame zu, den er elf Tage nach dem Mord abermals in der Nähe von Berchtesgaden verübte. Er verletzte die Dame durch Messerstiche schwer und raubte ihr die Handtasche.

○ **Familiendrama in Mecklenburg.** Ein schreckliches Familiendrama spielte sich in Hagebök bei Neuburg (Mecklbg.) ab. Der Altenteiler Ankleys erschlug seine krank im Bett liegende Schwiegertochter mit einem Knüppel. Nach der Tat erhängte er sich mit seiner Frau im Stall.

○ **Vorsicht beim Trinken nach Kirschengenuß.** Eine Frau aus Hohenberg in Bayern gab, nachdem sie ihrem Knaben Kirschen gegeben hatte, ihm auch Bier zu trinken. Bald darauf stellte sich bei dem Kinde Fieber ein, so daß es ins Krankenhaus gebracht werden mußte, wo es starb. Ein gleicher Fall ereignete sich in Weißwasser in der Oberlausitz. Die 10 und 17 Jahre alten Söhne des Glasmachers Koci hatten Kirschen gegessen und darauf Wasser getrunken. Beide starben nach furchtbaren Schmerzen. Die Mutter ist aus Gram über den Verlust plötzlich irrsinnig geworden.

⊙ **Reiche Beute einer deutschen Jagdgesellschaft.** Auf der dänischen Insel Björnö kam das Schiff „Polar Dona Gutter" an. An Bord befand sich eine deutsche Jagdgesellschaft, bestehend aus dem Fürsten Weißenburg-Nürnberg, Grafen Mons-Bayern, Grafen Hoensbroech-Rheinland und einem Darmstädter Studenten. Die Gesellschaft hatte 15 Bären, 12 große Seehunde und 3 Robben vor Nowaia Semlia geschossen.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Heimgange unserer lieben, teuren Entschlafenen, sowie für die trostreichen Worte am Grabe, sprechen wir Allen unseren

herzlichsten Dank

aus.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Wilh. Bornefeld.

Gewerbesteuer

Gemeinde Halver u. Schalksmühle

Trotz der öffentlichen Aufforderung sind die Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer nur teilweise eingegangen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß **sofortige** Abgabe der Voranmeldung **und Zahlung** der Gewerbesteuer **schätzungsweise Veranlagung und Bestrafung** abwenden kann

Halver, den 24. Juli 1924

Der Vorsitzende des Gewerbesteuerausschusses.

Freiwilliger Verkauf.

Am Montag, den 28. Juli vorm. 10 Uhr soll im **Lokale Carl Kresting, Grünenbaum**

Betten, Schränke, Tische, Stühle, 1 Herd, 1 Ofen, 1 Uhr, 1 Jagdgewehr, Haus- und Küchengeräte

gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Kamscheid b Halver.

Rich. Höngen,
vereid. Auktionator.

Packpapier

Ruf: 3948 Ruf: 3948

Bindfaden

für die metallverarbeitende Industrie liefert prompt in allen gewünschten Formaten und Rollen

August Liese,
Packpapier - Bindfaden
Hagen i. W. 803

Amts-Sparkasse Halver.

Hauptstelle: Halver. — Zweigstelle: Schalksmühle.
Reichsbank-Giro Lüdenscheid.
Postscheck Dortmund No. 3835.

Gold-Spareinlagen

bei unbedingter Wertbeständigkeit.

Wir nehmen **Spareinlagen** auf Dollargrundlage entgegen und verzinsen dieselben zur Zeit

1. als täglich abrufbar mit . . 8 v. H. jährl.
2. bei gegenseitigem Kündigungsvorbehalt von 15 Tagen mit . . . . . 10 v. H. „
3. bei desgleichen von 3 Monaten mit . . . . . 12 v. H. „

Als Kurs für die Umrechnung des einzuzahlenden Betrages gilt der letzte amtliche Dollarmittelkurs der Berliner Börse am Tage des Eingang, wobei der Dollar mit z. Zt 4,20 Goldmark zugrunde gelegt wird.

1142] **Der Sparkassen-Vorstand.**

Durch gemeinsamen Einkauf sind wir in der Lage zu **äusserst günstigen Preisen** für die

Einmachzeit

anzubieten:

Einmachgläser
Geleegläser
Weck-Konservengläser u. Sterilisierapparate
Braune Einmachtöpfe
Steinzeug,
Pergament-Papier

usw. usw.

Wilh. Belljr., Halver.
Gustav Schröder,
Schalksmühle.

Persil

das unübertroffene Waschmittel



halbe Arbeit, billiges Waschen und die Wäsche tadellos

(Nur in der bekannten Packung) niemals lose.

Neu eröffnet! **Essener Konfektionshaus** Neu eröffnet!

Heute, Freitag und morgen, Samstag

grosse Propaganda-Verkaufstage

Es gelangen zum Verkauf:

Herrenanzüge in Gabardine, Kammgarn und Buckskin von **22.—** M. an
Herrenpaletots la. Qual., v. **19.—** M. an
Damen- Woll- u. Mantel-Kleider . . von **8.50** M. an

Woll- u. Seidenjumper v. **3.75** an
Elegante Wollwesten v. **6.50** an
Einen Posten **Seelenwärmer** zum Aussuchen . . **1.65 1.85** M.
Strümpfe, Socken, Handarbeiten . . . enorm billig.

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Bei einem Einkauf von 20.— Mark erhält jeder Kunde ein sauberes Tuch gratis!

Lüdenscheid
Knapperstraße **27**
M. BÄRMANN.

Pianos Flügel

erster Hofpianofabriken
auch auf Teilzahlung

Pianofabrik Schäfer
Hagen, Neumarkt
Stimmungen. Reparaturen.

Haus- u. Grundbesitzer-Verein Halver.

Sonntag, d. 27. Juli nachm. 4½ Uhr im **„Haus zur Fuhr"**

Hauptversammlung.

1. Ergänzungswahl d. Vorstandes
2. Verschiedenes.
3. **Vortrag des Vorsitzenden des Provinzialverbandes Herr Lunenschloß, Haspe.**

Allseitige Beteiligung sämtlicher Mitglieder ist dringend erwünscht.

Der Vorstand.

Wir nehmen **Bestellungen** in

Weißkohl, Rotkohl u. Zwiebeln

für den Herbstbedarf entgegen.

Gebr. Haase, Halver.

— Ein Konzert —
im eigenen Heim durch

„Grammophon"

mit **Künstlerplatten**

Spezial-Vertretung:

Roth & Junius,
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.



Unübertroffene Qualitätsware.

KATALOGE

für die **Kleineisenindustrie** werden als Spezialität schnell u. preiswert angefertigt. Stelle aus meinem großen Vorrat Clichés kostenlos zur Verfügung

Wilh. Bell jr.,
Halver.

Gewerbliche Mittelstandsvereinigung
Schalksmühle

Dienstag, den 29. Juli, Abends 7½ Uhr

:-: Versammlung :-:

:-: :-: im Lokale **Hugo Husser** :-: :-:

Vortrag

des Herrn Dr. Linnartz, Lüdenscheid.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erbittet

der Vorstand.

Kammer-Musikabend

im Gasthof „zur Post" Schwenke
am Samstag, den 26. Juli 1924, abends 7 Uhr

Es werden nur **Kompositionen von Mozart** zur Gehör gebracht — Außerdem werden — **Vorträge über Mozart** gehalten —

Ausgeführt von:

Herrn Blüthner, Klavier. :: Herrn Regeniter, Geige.

Es ladet freundlichst ein **Karl Goes.**

— Ratten —

Mäuse usw. werden wirklich radikal und billig vernichtet. Auskunft gratis.

P. Brüser, Bollwerk, Post Oberbrügge 3



Das altbewährte
Kopfwaschpulver

Allgemeine Ortskrankenkasse Kierspe.

Einladung

zur Ausschußsitzung am Samstag, den 26. Juli 1924 nachmittags 6 Uhr im Amtshause zu Kierspe.

Tagesordnung:

1. Gehaltsgenehmigung des neuen Geschäftsführers bis zur festen Anstellung.
2. Nachtrag zur Dienstordnung.
3. Beschlußfassung über die Abfindung für unseren früheren Geschäftsführer.
4. Verschiedenes.

Kierspe, den 18. Juli 1924.

Der Vorsitzende des Vorstandes.

Ringfrei
Auto-Möbeltransporte. Referenzen

Spedition, große Sammelläger für alle Güter. Transporte aller Art.

Westtrans

(Westdeutsche Transport Gesellschaft)
Hagen i. W. (am Odeon)
Dahlenkampstraße 4
1081 Fernsprecher 3954 und 4528.
Billigste Preisstellung.

Offenbacher
:-: Lederwaren :-:
in einfacher und feinster Ausführung zu billigsten Preisen
Wilh. Bell jr. Halver i W.

Transmissionen



Gerner & Co., Hagen
Elberfelderstr. 80. Fernruf 3580 u. 4186.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Halver. Sonntag 27. Juli Vorm. 10 Uhr Predigt Pastor Dr. Große-Dresselhaus. Vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst. Freitag abend 8 Uhr Kirchl. Posaunenchor.

Evangelisches Vereinshaus, Halver. Samstag, 26. Juli 8,30 Uhr Gemeinsame Gebetsstunde Sonntag, 27. Juli: 1,30 Uhr Sonntagsschule. 4 Uhr Jungfrauenverein Zusammenkunft im Vereinshaus, anschließend Wanderung nach Löhbach 8,30 Uhr Bibelstunde Dienstag, abd. 8½ Uhr Gemischter Chor. Mittwoch abd. 8,30 Uhr Mitgliederversammlung des Jünglingsvereins Donnerstag abend 8,30 Uhr Blaukreuzstunde. Freitag abend 8,30 Uhr Männerchor.

Freie evang. Gemeinde Halver. Berlinerstraße 27a. Sonntag, 27 Juli morgens 9,30 Uhr Erbauungsstunde. 11 Uhr Sonntagsschule. Abends 8,30 Uhr Bibl Vortrag. Montag abd 8 45 Uhr. Gebetstunde. Mittwoch abd. 8 45 Uhr Bibl Vortrag Evangelist Lepperhoff. Samstag abd. 8 Uhr, Jünglingsverein.

Kath. Gemeinde Halver. Sonntag, den 27. Juli: 7½ Uhr Frühmesse mit Predigt, 10 Uhr Hochamt mit Predigt, 2,30 Uhr Andacht

---



Ventilator-Feldschmieden

Herdgröße: 50/60 50/70 60/80 cm
Höhe 80 cm 50 55 65 M.
Solides Fabrikat unter Garantie
Unentbehrlich für jede Werkstatt.

Heinr. Borgmann, Hagen i. Westf.
Frankfurterstr. 3. [854] Fernruf 1566.

Kopierbücher

zu 500 u. 1000 Seiten sind vorrätig bei W. Bell jr., Halver

Milchversandscheine

— mit und ohne Namenaufdruck —
liefert schnell und billigst

Wilh. Bell jr., Halver.